



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21821 - 32
Fernschreiber 0226590

P/XIII/109 - 15. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Die Tragödie der französischen Demokratie Zur Situation in Frankreich und Algerien	45
2	Der Aufstand im Libanon Probe der Eisenhower-Doktrin	53
3	Der "Schwarze Peter" zwischen FDP und BHE Zur Lage in Niedersachsen	59
4	Die Göttinger Kentate Ein Oratorium zum Parteitag der SPD	50
5 - 7	Die Sicherung friedlicher Zusammenarbeit der Völker	126
7	Freiheit und Würde des Menschen Einleitung zum Kapitel "Das kulturelle Leben" Aus dem Entwurf zu einem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	19

* * * * *

14. Mai 1958

Die Tragödie der französischen Demokratie

sp - Mit dramatischer Wucht, einem Gewitter gleich, entlädt sich jetzt in Frankreich und Algerien die seit langem anhaltende schwüle Atmosphäre. Die Nachrichten über den Aufstand der Militärs in der nordafrikanischen Provinz überstürzen sich. Die in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch mit Mühe und Not berufene Regierung Pflimlin richtet an die Bevölkerung Frankreichs und Algeriens pausenlos Appelle zum Masshalten. Rechtsradikale Führer wurden in Paris verhaftet. Die kommunistische Partei hat die französischen Arbeiter zu Protestdemonstrationen gegen den "faschistischen Gewaltstreich in Algerien" aufgerufen. Der Flugverkehr zwischen Frankreich und Algerien ist gestoppt.

Was sich jetzt in Frankreich und Algerien abspielt, ist der schon lange erwartete Pendelausschlag des Drängens nach einer Politik, die das Algerienproblem zu lösen imstande wäre.

Die Rechte in Frankreich, unterstützt von der europäischen Bevölkerung und den Militärs in Algerien, fordert den rückwärtslosen Einsatz militärischer Mittel gegen den Aufstand in Nordafrika. Die Linke - auch die Linke ausserhalb der kommunistischen Partei - strebt eine Lösung des Algerienproblems an, die dem Willen der Algerier nach Selbständigkeit entgegenkommt. Die politische Mitte zögert, sucht Zeit zu gewinnen und hofft auf das Wunder, dass es eines Tages gelingen möge, militärisch und politisch den algerischen Aufstand zu liquidieren, ohne Algerien von Frankreich abschreiben zu müssen. Das Unvermögen der Mitte jedoch, eine weitschauende Konzeption zu entwickeln, musste zwangsläufig die rechts- und linkeradikalen Elemente stärken.

Das ist der Hintergrund, vor dem sich die Tragödie der französischen Demokratie abspielt. Nun wird der Ruf nach General de Gaulle immer lauter. Die Rechte und die revoltierenden Militärs in Algerien verbinden mit diesem Ruf den Gedanken an die Errichtung einer Militärdiktatur in Frankreich und Algerien. Diese Kräfte würden wahrscheinlich keinen Augenblick zögern, auch einem de Gaulle in den Rücken zu fallen, wenn er nicht ihrem Wunsch nach Errichtung einer Militärdiktatur entgegenkäme. Und das wiederum bedeutet, dass der Krieg in Algerien mit allen innen- und aussenpolitischen Konsequenzen weitergeführt wird, die sich nicht nur für Frankreich, sondern für die ganze westliche Welt in ihren Verhältnissen zu den afrikanischen und asiatischen Völkern ergeben müssen.

Hier zeigt sich mit einer Eindringlichkeit ohnegleichen, wohin es führt, wenn die Regierungen eines Landes die ihnen gestellten Probleme jahrelang mit völlig überholten Mitteln zu lösen versuchen. Von Konzession zu Konzession, an die Rechte haben die vergangenen Regierungen Frankreichs in Nordafrika eine überholte Kolonialpolitik befürwortet. Das Ergebnis ist jetzt der Aufstand der Militärs und das drohende Gespenst einer Militärdiktatur für eine der klassischen Demokratien des europäischen Kontinents.

Der Aufstand im Libanon

E.E.D. Seit Wochen schon zeigen sich die Nahost-Experten im amerikanischen State Department besorgt über die wachsende innenpolitische Unruhe im Libanon. Vertrauliche Berichte aus Beirut, die die amerikanische Hauptstadt erreichten, wiesen darauf hin, dass jeden Augenblick ein Ereignis eintreten könnte, welches den Pulverkessel zwischen Mittelmeer und Golf von Aden um weiteren Zündstoff bereichern würde.

Der Libanon, bislang von europäischen Kabinetten und der Washingtoner Administration als eine der wenigen sicheren pro-westlicher "Enklaven" im Nahen Osten angesehen, droht diesen Ruf zu verlieren. Vier Tage sind vergangen, da die libanesischen Oppositionsparteien als Protest gegen die Ermordung eines dem Kurs der gegenwärtigen Regierung wenig gesonnenen Zeitungsherausgebers zum Generalstreik aufriefen. Diese Aktion wurde vom Staatspräsidenten Camille Chamoun mit Massenverhaftungen und verstärkten Polizei- und Truppenkonzentrationen in Beirut und den Hafenstädten am Mittelmeer beantwortet. Heute scheint es, als hätten gewisse Gruppen nur darauf gewartet, dass die Regierung sich der militärischen ultima ratio bedienen würde, eine Massnahme, die wie keine zweite geeignet war, der an sich schon nicht grossen Popularität Chamouns beim mohammedanischen Bevölkerungsteil des Libanon weiteren Abbruch zu tun.

Was zunächst nur als eine wahltaktische Aktion der Oppositionsparteien aussah, hat sich zu einem handfesten Aufstand entwickelt. Und dies mit allen Attributen eines nahöstlichen Bürgerkrieges. Entgegen offiziellen Mitteilungen, die die Zahl der Todesopfer auf 45 beschränken, gilt nach Schätzung eingeweihter Kreise die Zahl 500 als gering. Als sehr bemerkenswert ist im Zusammenhang der dramatischen Ereignisse der letzten Tage die Haltung des christlich-maronitischen Patriarchen des Libanon anzusehen, der sich offen gegen Chamoun gestellt und damit jene Lügen gestraft hat, die von einem islamischen Religionskrieg gegen das Christentum im Nahen Osten sprechen.

Wie sehr der Konflikt an Ausbreitung gewonnen hat, wird durch die Tatsache unterstrichen, dass die christlichen und islamischen Bergstämme in die Auseinandersetzung eingegriffen haben, wobei auch hier die Fronten quer durch die Religionsgemeinschaften gehen. Der Beschluß Chamouns und seiner Freunde, vor dem Weltsicherheitsrat die Vereinigte Arabische Republik für die Lage im Lande verantwortlich zu machen, hat selbst in Kreisen, die einem Anschluss des Libanon an Nasser's Grossarabien feindlich gegenüberstehen, Erstaunen und Bestürzung hervorgerufen. Weiss man doch in diesen Arsen, wie sehr der Staatspräsident in den vergangenen Monaten die Aktivität der Kairo-feindlichen syrischen Emigranten geduldet und gefördert hat.

Gegenwärtig prüft Washington, ob und wie die Eisenhower-Doktrin Anwendung auf die Lage in Beirut finden kann. Aufgrund jener Doktrin kann Washington auf Brechen einer nahöstlichen Regierung mit Waffengewalt eingreifen, falls ein kommunistischer Staatsstreik droht. In wie weit nun die Arbeiter von Tripoli, der christliche Patriarch von Beirut oder die islamischen Bergstämme als Kommunisten anzusprechen sind, bleibt den Exzessiven der Washingtoner Diplomaten überlassen. Nur eines sei hier gesagt: sollten die USA versuchen, etwa von Jordanien oder dem Irak aus indirekt und mit Hilfe der US-Flotte im Mittelmeer direkt einzugreifen, würde eine politische H-Bombe im Nahen Osten hochgehen.

Der "Schwarze Peter" zwischen FDP und BHE

dt. Zwischen lustlos verlaufenden Haushaltsdebatten, die von einem 150-Millionen-Defizit überschattet sind, sorgt in der niedersächsischen Landespolitik die nach den Bundestagswahlen gegründete Gemeinschaftsfraktion FDP/BHE für einige Überraschungen. Sie betreffen die sechs DRP-Abgeordneten, die Anfang Oktober 1957 als Hospitanten in die Gemeinschaftsfraktion aufgenommen worden waren. Bekanntlich war damals die niedersächsische Landesregierung deswegen ungebildet worden; die "bürgerliche" Regierung zerfiel und es wird seither mit Hilfe der SPD regiert. Das und das bundesweite Echo, das die Angelegenheit fand, sowie die verärgerte Reaktion des Bundesvorstandes der FDP, brachte den niedersächsischen Freien Demokraten bald einen Katzenjammer ein. Sie gelobten ihrem Bundesvorstand, sich bei passender Gelegenheit von den Hospitanten zu trennen. Das geschah offiziell auf dem Landesparteitag in Wolfenbüttel Anfang Februar, freilich in einer Form, die den DRP-Abgeordneten überliess, von selbst abzuspringen.

Die Hospitanten konnten den Wink mit dem Zaunpfahl umso leichter übersehen, als der dritte im Bunde, der BHE, keine Anstalten machte, es der FDP gleichzutun, deren wiedergewählter Landesvorsitzender, MdB. Carlo Graaff, vor der Presse versichert hatte, dass schon "in einigen Monaten" die Sache bereinigt sein werde. Nun hat, dem Vernehmen nach, das Institut zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft, das seit Jahren die Wahlgelder für alle Parteien ausser der SPD liefert, den BHE aufgefordert, mit der DRP reinen Tisch zu machen. Ob dahinter die Spekulation steckt, dass alle "bürgerlichen" Parteien stubenrein, also DRP-frei sein müssten, damit bei Bedarf genügend Reserven für eine Regierung ohne SPD zur Verfügung stehen, ist schwer festzustellen; im Landtagswahlkampf 1955 jedenfalls war das Institut von solchen Skrupeln gegenüber der DRP frei. Der BHE-Landesvorsitzende Ahrens widerstand den Lockungen nicht; er liess ankündigen, dass man auf dem Landesparteitag in Alfeld die DRP ausbooten werde. Noch eine Stunde nach Eröffnung des Parteitages versicherte Carlo Graaff, FDP-Landesvorsitzender und Ehrengast beim BHE, dass "die Sache" perfekt abgesprochen sei und dass man zur gleichen Zeit gleichlautende Erklärungen abgeben werde. Dann verliess er den BHE-Parteitag.

Die FDP hielt Wort. Ihr zweiter Landesverbandsvorsitzender, Rechtsanwalt Schäfer, Braunschweig, gab eine Verlautbarung heraus, die nichts zu wünschen übrig lässt. Die Grundlage für eine Fortsetzung des Hospitantenverhältnisses sei fortgefallen, heisst es darin, alles weitere sei eine formelle Angelegenheit der Gemeinschaftsfraktion. Ahrens aber war inzwischen von Parteitage delegierten, die ihn als ersten Landesvorsitzenden wiederwählen sollten, unter Druck gesetzt worden: entweder noch einmal der DRP eine Brücke bauen, oder es wird ein anderer Landesvorsitzender gewählt.

Was Ahrens unter diesen Umständen dem Parteitag vorlegte und was von diesem Gremium ohne jede Diskussion zur Kenntnis genommen wurde, unterschied sich wesentlich von der FDP-Erklärung: die DRP habe nicht, wie man eigentlich von ihr erwartete, ihre Eigenständigkeit aufgegeben, und "es versteht sich von selbst, dass wir zu einer anderen Lösung kommen müssen". Nach einem Seitenhieb auf die FDP, dass sie nun doch höchst überflüssigerweise versuche, die Frage aufzurollen, wer eigentlich schuld sei an der Aufnahme der DRP-Hospitanten, raffte sich Ahrens zu einem harten Urteil gegenüber der DRP auf: "Das Experiment scheint uns noch nicht geglückt zu sein". Zum Trost versprach er den Delegierten, gemeinsam mit der FDP "die Bildung einer starken, nationalen, liberalen und antikommunistischen Kraft" zu forcieren. FDP und BHE würden dabei nicht auf ihre Eigenständigkeit verzichten, man werde unter einem gemeinsamen "Oberbegriff" in den Wahlkampf gehen.

24 Stunden später tagte die Gemeinschaftsfraktion mit ihren Hospitanten. "Man ging", wie von allen Seiten versichert wird, "zur Tagesordnung über". Von den (von der FDP) angekündigten "Formalitäten" zur Lösung des Hospitantenverhältnisses war keine Rede. Landesvorstand und Fraktion der FDP ringen nun um Formulierungen, wie sie den von Ahrens zugeschobenen "Schwarzen Peter" wieder los werden könnten. + + + - 4 -

Die Göttinger Kantate

Hr - Geschrieben für den Parteitag der SPD in Stuttgart 1958 unternimmt die Göttinger Kantate den Versuch, den Aufruf der 18 Göttinger Gelehrten zur Atomfrage von der Bühne her zu demonstrieren. Bewußt ist dabei von der in den zwanziger Jahren praktizierten Methode des Sprech- und Bewegungschores Abstand genommen worden, der vornehmlich Gefühle mobilisierte. Abweichend davon wird also auf Information Wert gelegt, auf eine genaue Darstellung der Wirklichkeit, auf den protokollierenden Bericht, vorgebracht freilich mit künstlerischen Mitteln und größtmöglicher artistischer Perfektion.

Abgesehen von ihrer unmittelbar tagespolitischen Bedeutung dürfte der "Göttinger Kantate" gleichzeitig die Funktion zukommen, das überkommene feierlich-hochgestimmte Chorwerk bürgerlich-sakraler Prägung zu überwinden, in dessen Bereich Stilübungen und Denkmalspflege jeder Art auf gesellschaftliche Ablenkungsmanöver hinauslaufen dürfte.

Die Form der "Göttinger Kantate" dürfte stilgeschichtlich etwa zwischen dem Lehrstück, den sogenannten oratorischen Dokumentarrevuen, entwickelt im westlichen sozialistischen Raum in der Zeit von 1954 bis 1958 in Berlin, und der politischen oder soziologischen Reportage mit literarischer Ambition (Schnabel oder Peter von Zahn) einzuordnen sein.

Wer den deutlich gesellschaftskritischen Ansatz und die Bemühungen um aktuelle, in den Fakten fundierte Aussage in Günter Weisenborns dramatischen Schaffen kennt, wird sich nicht wundern, daß gerade er den Initiatoren der Kantate als Autor besonders geeignet schien. In Gesprächen mit Erwin Piscator, dem die Geschichte der modernen Bühne Begriff u. Praxis des "Politischen Theaters" verdankt und der für die Inszenierung der "Göttinger Kantate" verantwortlich zeichnet, erarbeitete Weisenborn ein praktikables Werk, das Inszenierungsmöglichkeiten in verschiedenster Richtung bietet.

Erwin Piscator entschied sich für die szenische Lesung, die eine Aktion der Schauspieler begrenzt und das sich durch die Kantate ziehende dialektische Gespräch zwischen Herstellern und Handhabern (Atomwissenschaftlern und Politikern) nur anspielen läßt. Gleichzeitig vermeidet seine Inszenierung Schwarzweiß-Zeichnung oder Karikierung auch negativer Figuren. Anklänge an irgendwelchen Agitpropstil sind weitmöglichst verbannt. Ohne Resignation oder Passivität beim Hörer der Kantate zu provozieren, soll in ihrem Aufführungsstil bewußt Melancholie mitschwingen, um das Moment der Einsamkeit und der damit verbundenen Größe des Göttinger Warnrufes in der Situation seiner Veröffentlichung noch einmal deutlich zu machen. Das Moment des Klassischen, das aus der dichterischen Beschreibung der gemeinsamen Aktion der geistigen Elite und der fortschrittlichen politischen Kräfte unseres Landes hervortritt, muß Ergriffenheit im Publikum anstreben.

Die Musik der Kantate schrieb die Komponistin Aleida Montijn. Ihre poetisch aufblühenden Melodien als Untermalungen und erläuternde Unterbrechungen bereichern die exemplarische Tatsachenvermittlung des Werkes um eine besondere Note.

Die Darsteller der Kantate sind Berliner Künstler, ein Teil von ihnen darf zu den angesehensten Schauspielern und Funksprechern in Deutschland gezählt werden. Die musikalische Leitung hat Herbert Baumann (Schiller-Theater Berlin).

Die Sicherung friedlicher Zusammenarbeit der Völker

Freiheit und Gerechtigkeit, eine für alle verbindliche Rechtsordnung und solidarische Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft müssen auch für das Miteinander der Völker gelten. Die Überwindung des zwischenstaatlichen Faustrechts durch ein anerkanntes, verbindliches und gegenüber jedem Rechtsbrecher durchsetzbares Völkerrecht ist eine unerlässliche Bedingung für jede vernunftgemässe und vorausschauende Politik. Der Krieg war immer schon die Kapitulation der Menschlichkeit vor der blossen Gewalt. Aber hatte er in gewissen historischen Situationen als Verteidigung gegen Angriffe noch den berechtigten Willen zur Freiheit und zur Selbstbehauptung auf seiner Seite, so droht in unserer Zeit der Atomwaffen bei der Unmöglichkeit, das Risiko kriegerischer Konflikte vorzuberechnen, jeder Krieg auch mit der Zerstörung alles dessen zu enden, was durch ihn verteidigt werden soll.

Die brennende Aufgabe unserer Zeit ist, den Frieden zu bewahren und zu sichern. Nur im Frieden können die arbeitenden Menschen in den industriell entwickelten Ländern um grössere soziale Gerechtigkeit, um demokratische Mitbestimmung und um den allgemeinen Zugang zur Bildung und Kultur kämpfen. Nur wenn der Weltfrieden erhalten bleibt, können die aus den früheren Kolonialreichen entstandenen neuen Staaten ihre ungeheuren Aufgaben bewältigen. Nur im Frieden können die um Gleichberechtigung kämpfenden Menschen in Kolonialgebieten und in den abhängigen Ländern Unabhängigkeit und Selbstbestimmung erringen, wobei ihnen vor allem die demokratischen Sozialisten Hilfe leisten müssen. Nur mit friedlichen Mitteln können die durch den Krieg verursachten Ungerechtigkeiten und Zwangsmassnahmen im Fernen Osten, in Ost- und Mitteleuropa beseitigt werden.

Wettrüsten führt zur Katastrophe

Die in Macht- und Einflussphären aufgeteilte Welt wird durch das allgemeine Wettrüsten und durch das Ringen der Atommächte um militärische Überlegenheit von einer Katastrophe bedroht. Das Gleichgewicht des Schreckens kann keine friedliche Lösung der Streitfragen zwischen den Staaten bringen. Die Sozialdemokratische Partei kämpft deshalb für die allgemeine international kontrollierte Abrüstung, für die gleichwertige Begrenzung der Rüstung und die Ausschaltung der Kernwaffen. Die Ausklammerung von Gebieten aus strategischen Machtverhältnissen sollen dabei Schritte zur allgemeiner Abrüstung sein. Eine internationale Polizei und regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen sollen das Zusammenleben der Staaten auf rechtliche Grundlage bauen. Die friedliche Regelung von Streitfragen, der Ausgleich und die Verständigung zwischen Völkern und Staaten werden erschwert und gehindert durch die Unterordnung der zwischenstaatlichen Beziehungen und der Aussenpolitik unter ideologische Kampffronten, die in der Regel den machtpolitischen Bedürfnissen von Grossmächten dienen. Die Sozialdemokratische Partei kämpft dafür, daß alle Staaten, ungeachtet der Unterschiede der Regierungssysteme und ihrer gesellschaftlichen Struktur, den Weg friedlichen Zusammenlebens einhalten. Für den normale diplomatische Beziehungen und Handelsbeziehungen unerlässlich sind. Die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der Gleichberechtigung und der Unverletzlichkeit ihrer Staatsgebiete sind ebenso wie der Verzicht auf militärische Angriffe und auf Einmischung in die eigenen Angelegenheiten anderer Völker Voraussetzungen dafür, dass Schiedsgerichtsbarkeit und Vergleichsverträge die gewaltsame Austragung von Streitfragen ersetzen und dass die Vereinten Nationen eine universelle Weltorganisation werden, was sie ihrer Idee nach sein sollen.

Diese Voraussetzungen gilt es zu schaffen. Denn gefährlicher Zündstoff wird aufgehäuft durch die Teilung von Staaten und Völkern, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für Völker und Volksgruppen, die

Aufteilung der Welt in Blöcke und Lager und durch das Festhalten am Kolonialsystem. Die Sozialdemokratische Partei setzt sich deshalb für die allgemeinverbindliche Gültigkeit der Grundsätze der Vereinten Nationen ein und für die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt. Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit den von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrechten steht, ist für das Zusammenleben der Volksgruppen und Nationalitäten unentbehrlich.

Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit

Auch die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands gefährdet den Frieden. Die Machthaber des Hitler-Reiches haben in ihrem Grossmachttaumel die Zerschlagung der staatlichen Einheit Deutschlands verschuldet. In einem Teil Deutschlands haben die politischen Sachwalter des kapitalistischen Grossbesitzes aus der Teilung Deutschlands Nutzen gezogen für die Wiederherstellung ihrer Macht und ihrer Vorrechte. Im anderen Teil Deutschlands hat die Kommunistische Partei alle demokratischen Freiheiten mit Gewalt unterbunden um damit verhindert, dass die gesammelte Kraft der freiheitlichen Sozialisten sich darauf konzentrieren konnte, ein vereinigtes Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschliesst - wie es Kurt Schumacher in seinem politischen Vermächtnis als Ziel der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt hat. Der Kampf um die Selbstbehauptung der Machthaber in beiden Teilen Deutschlands schwächt die freiheitlichen Kräfte, auf die eine entschlossene und wirksame Politik der Wiedervereinigung angewiesen ist. Die Sozialdemokratische Partei kämpft für die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit nach innen und aussen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten politischer und militärischer Art Mitglied eines Europäischen Sicherheitssystems im Rahmen der Vereinten Nationen werden. Die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands schafft einen Herd dauernder Konflikte und Spannungen in Europa. Die Wiedervereinigung Deutschlands liegt sowohl im nationalen Interesse des deutschen Volkes wie auch im Interesse einer allgemeinen Friedenspolitik.

Geisseln der Menschheit: Hunger, Elend, Seuchen

Hunger, Elend und Seuchen und nicht minder die Unwissenheit sind heute noch Geisseln ungezählter Millionen von Menschen in Asien und Afrika, aber auch in Südamerika und in Teilen Europas. Diese schreckliche Not kommt zum grossen Teil auf das Konto imperialistischer Herrschaft und kolonialer Ausbeutung. Diesen Millionen von Menschen sind die grossartigen Ergebnisse der Wissenschaft und Technik vorenthalten worden, die ihnen jetzt in uneigennütziger wirtschaftlicher, technischer und kultureller Zusammenarbeit und Hilfe als Akt einer Wiedergutmachung zugänglich gemacht werden müssen. Die Sozialdemokratische Partei sieht in einer solchen engen Zusammenarbeit aller Völker und Staaten eine notwendige Konsequenz aus der Entwicklung unserer Zeit, die es technisch möglich und menschlich nötig gemacht hat, aus den Völkern unseres Planeten eine grosse Völkerfamilie zu bilden, in der Hunger und Armut endgültig gebannt sind.

Auf dem Wege zu diesem Ziel muss den Entwicklungsländern, den Völkern und Staaten der sich auflösenden Kolonialreiche, eine Starthilfe gegeben werden. Um diese Hilfe von nationalen und wirtschaftlichen Gruppeninteressen unabhängig zu machen, sollte sie von den Vereinten Nationen, in Gemeinschaft aller Völker, geleistet werden. Die sozialistischen Parteien aller Länder setzen sich deshalb für die Ein-

richtung eines Sonderfonds der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Entwicklung ein.

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein Welthandel, der die Türen für alle offenhält, sind entscheidende Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben der Nationen. Regional begrenzte, übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abkapselung gegenüber anderen Staaten und zur weiteren Aufspaltung führen. Ihre Hauptaufgabe muss immer die Förderung des gemeinsamen Wohls der Völkerfamilie bleiben. So darf die europäische Zusammenarbeit sich nicht auf jetzt bestehende Machtverhältnisse begrenzen, sondern muss die Tür zur gesamteuropäischen und zur interkontinentalen Zusammenarbeit weit offenhalten. Für die dauernde Stärkung internationaler Zusammenarbeit, auch und gerade in allen Dingen der Kultur, sind die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen geeignete Instrumente.

Die Welt ist technisch eine Einheit geworden. Die grosse weltpolitische Aufgabe des demokratischen Sozialismus in unserem Jahrhundert ist es, der Welt auch die moralische, wirtschaftliche und politische Einheit zu geben.

+ + +

Freiheit und Würde des Menschen

Einleitung zum Kapitel "Das kulturelle Leben"

Freiheit und Würde des Menschen finden ihren Ausdruck erst in einem reich gegliederten kulturellen Leben. Erst hier kann die Persönlichkeit ihre schöpferischen Qualitäten entfalten und zur eigenen Vervollkommenung und der des menschlichen Gemeinwesens beitragen.

Kultur lässt sich nicht staatlich regeln. Kulturpolitik stellt dem Staat im wesentlichen zwei Aufgaben. Er soll alle Kräfte ermutigen, die in freier, schöpferischer Tätigkeit das kulturelle Leben befruchten und ihnen materielle und finanzielle Erleichterungen schaffen. Er soll alle kulturwilligen Kräfte vor Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben ihren eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Kulturelle und staatsbürgerliche Freiheiten können in einer kulturell labilen Gesellschaft missbraucht werden. Neben der Erziehung der Staatsbürger soll der Staat diesen Missbrauch vor allem dadurch entgegenwirken, dass er in seinen eigenen Institutionen die moralischen, rechtlichen und ästhetischen Werte pflegt, deren Schätzung er dem Staatsbürger nahebringen will. Ein der Freiheit künstlich auferlegtes Reglement, eine Zensur, würde ungleich viel mehr zerstören, als sie verhüten könnte.

Aus dem Entwurf zu einem Grundsatzerogramm
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel